

Pressemitteilungen vom 21.05.2007:

Lindner: Kritik von SPD und Stadt Bergisch Gladbach am neuen Kindergartengesetz ist unredlich

Der rheinisch-bergische Landtagsabgeordnete Christian Lindner hat die Kritik am neuen Kinderbildungsgesetz ("KiBiz"), die von SPD-Politikern und Jugendamtsleiter Bruno Hastrich in der vergangenen Woche geäußert wurde, als unredlich bezeichnet. "Es wäre gewiss im Interesse der Sache gewesen, wenn die Kritiker zumindest die Vorlage eines Gesetzentwurfes abgewartet hätten. Dieser wird allerdings erst am Dienstag (22. Mai) vom Kabinett beschlossen", so der FDP-Politiker. Es werde sich zeigen, dass viele Gegenargumente gegenstandslos würden. "Ich hätte mir im Übrigen gewünscht, dass gerade die Stadt Bergisch Gladbach auch die positiven Aspekte wie die zu drei Viertel vom Land finanzierte Senkung des Trägeranteils der Kirchen erwähnt hätte." Dadurch könne die Schließungswelle bei kirchlichen Kindergartengruppen gestoppt werden.

Lindner verwies darauf, dass das neue Kindergartengesetz mitnichten ein "Spargesetz" sei. Im Gegenteil sei mit dem "KiBiz" eine eindeutige finanzielle Schwerpunktbildung der Koalition zu Gunsten der Lebenschancen von Kindern und Familien verbunden: Die Landesförderung für den Elementarbereich des Bildungswesens steige von in diesem Jahr 866 Mio. Euro über 959 Mio. Euro im kommenden Jahr bis auf über 1 Milliarde Euro im ersten vollen Jahr der Rechtskraft an. Die Umstellung der Abrechnung der Betriebskosten auf eine Pauschalfinanzierung ermögliche dabei eine flexiblere Förderung. "Da die Kostenstruktur der Einrichtungen unterschiedlicher Träger stark differiert, sind finanzielle Nachteile im Einzelfall nicht auszuschließen. Jedoch ist die Veränderung der Fördersystematik auch aus Gründen der Fördergerechtigkeit ohne Alternative", unterstrich Lindner. Aus diesem Grund habe die rot-grüne Vorgängerregierung dies bereits im Jahr 2004 beschlossen. "Davon wollen die Sozialdemokraten im Rheinisch-Bergischen Kreis aber wohl nichts mehr wissen. Mit den Dienstwagen haben sie offenbar auch die politische Verantwortung abgegeben", kritisierte Lindner. "Obwohl dem Staat eigentlich alle Kinder gleich viel wert sein sollten, werden die Kindergärten von **Elterninitiativen*** trotzdem weiterhin stark privilegiert, um das Engagement der Eltern zu würdigen", so der FDP-Abgeordnete weiter.

Als "Täuschungsmanöver" hat Lindner die Vorhaltung der SPD-Politikerin Britta Altenkamp gewertet, zukünftig könnten Tagesmütter bis zu acht Kinder gleichzeitig beaufsichtigen. "Das ist falsch. Wie bisher dürfen Tagesmütter und Tagesväter bis zu acht Kinder in der Woche betreuen, dabei dürfen aber nie mehr als fünf Kinder gleichzeitig anwesend sein. Es ändert sich nichts gegenüber der Praxis", stellte Lindner klar.

*Hervorhebung: Günter Bertling